

# Protokollauszug

## aus der

### 42. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

#### vom 20.06.2023

---

öffentlich

#### **Top 3    Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Herr Bulgrin berichtet, dass der Kreisschülerrat am 08.06.2023 tagte. Dort gab es einen Erfahrungsaustausch hinsichtlich der psychischen Gesundheit an Schulen. Es gebe vermehrt rassistische Vorfälle sowie Gewalt zwischen Schüler\*innen.

Frau Schultheiss ergänzt, dass die Sitzung des Kreisschülerrates mit der Zustimmung der Beteiligten aufgezeichnet und verschriftlicht wurde und in zwei Wochen dem Bildungsminister vorgelegt werden soll. Die psychischen Belastungen der Schüler\*innen an Schulen sei sehr hoch. Auch die Landeshauptstadt Potsdam müsse prüfen, welchen Beitrag sie hier leisten könne. Die Schulsozialarbeit sei ein wichtiger Baustein, könne aber nicht alles auffangen. Auch die Fachstelle für seelische Gesundheit sei ein wichtiger Schritt. Es brauche mehr professionelle therapeutische Hilfen sowie Supervisionen für Fachkräfte.

Herr Pfeiffer fragt nach, ob es sich auch um Übergriffe von Lehrer\*innen auf Schüler\*innen, also einen institutionellen Kinderschutzfall handle, was Frau Schultheiss bejaht.

Frau Tietz schlägt vor das Thema seelische Gesundheit als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln. Herr Reimann spricht sich für einen Tagesordnungspunkt Ende des Jahres aus und bittet vorab um Rückmeldungen dazu.

Herr Bulgrin informiert, dass der Kreisschülerrat ebenfalls in zwei Wochen einen Antrag auf Änderung der Benotung in den Fächern Kunst, Musik und Sport beim Bildungsministerium einreichen werde.

Herr Bulgrin fragt, ob Sitzgelegenheiten am Alten Markt sowie auf dem Steubenplatz geschaffen werden können. Herr Reimann kann dazu keine verbindliche Antwort geben. Herr Pfeiffer wird den Geschäftsbereich 4 bitten eine Antwort nachzureichen.

Herr Bulgrin fragt nach dem Stand der Abstimmung über die Beifügung zur Prüfung der Auswirkungen aller Anträge auf Kinder und Jugendliche. Herr Reimann informiert, dass die Verwaltung dazu aufgefordert sei, bei jedem Antrag die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche zu benennen. Frau Dr. Müller fügt hinzu, dass noch nicht festgelegt wurde, zu wann diese Beifügung wirken soll. Herr Pfeiffer merkt an, dass hierfür das Stadtverordnetenbüro zuständig sei und eine Änderung bisher aufgrund der Umstellung des Ratsinformationssystems noch nicht erfolgen konnte, jedoch auf den Weg gebracht wurde. Herr Pfeiffer wird im September über den Sachstand berichten.

Herr Reimann bittet darum Fragen des Kreisschülerrates künftig zwei Wochen vor der Sitzung

des JHA zuzusenden, damit die Verwaltung verbindliche Antworten geben kann.